

1 DIE LINKE. Berlin
2 7. Landesparteitag, 1. Tagung
3 15./16. Dezember 2018

4

5 **Antrag A 13**

6 **Antragsteller*in:** Bezirksverband Spandau

7 **Keine NS-Verherrlichung in Spandau und Berlin: Hess-Marsch verbieten**

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

9 DIE LINKE. Berlin verurteilt die bisher geplanten und glücklicherweise gescheiterten Aufmärsche für
10 den Kriegsverbrecher Rudolf Hess im August 2017 und 2018 in Spandau. Mit Bedauern muss jedoch
11 festgestellt werden, dass die Nazis 2018 eine Alternativroute im Bezirk Lichtenberg laufen konnten.

12 DIE LINKE. Berlin setzt sich daher dafür ein, dass zukünftige Aufmärsche und Aktionen, die zur
13 Verherrlichung der NS-Diktatur und ihrer Kriegsverbrecher dienen, verboten werden. Konkret werden
14 die Mitglieder des Senates und der Abgeordnetenhausfraktion aufgefordert, sich dafür einzusetzen,
15 dass zukünftige Demonstrationen für Rudolf Hess in Spandau und Berlin durch den Innensenator
16 verboten werden.

17 Begründung:

18 Nur durch großen zivilgesellschaftlichen Protest, getragen von Parteien, Kirchen, Vereinen und
19 Verbänden, sowie Privatpersonen, konnten die rechten Aufmärsche für Rudolf Hess zum Gelände des
20 ehemaligen Kriegsverbrechergefängnisses in Spandau verhindert werden. Unverständlich blieb vielen,
21 warum trotz klarer geschichtsrevisionistischer und NS-verherrlichender Botschaften die
22 Demonstrationen nicht verboten wurden. Demonstrativ konnten die Rechten im August 2017 mit
23 ihrem Bannerspruch „Ich bereue nichts“ (Zitat Rudolf Hess) am Spandauer Bahnhof stehen.

24 Nachdem sie aus ihrem durch Blockaden erzwungenen Scheitern gelernt hatten, schafften es die
25 Nazis 2018 mit einem Ablenkmanöver zwar nicht in Spandau, aber in Lichtenberg relativ unbehelligt
26 zu marschieren. Um dies künftig zu verhindern, sollte der Ort Wunsiedel als Vorbild dienen, wo man es
27 geschafft hat, diese Form der Nazi-Aufmärsche zu verbieten. Dieses Verbot wurde 2009 in letzter
28 Instanz vor dem Bundesverfassungsgericht bestätigt. Es gilt daher im Sinne der wehrhaften
29 Demokratie zu verhindern, dass Spandau (oder Berlin) ein Wallfahrtsort wird.